

Meldungen

von Jan Heller

UN: Neues Taliban-Massaker

Die Vereinten Nationen haben die Taliban am 1. Januar beschuldigt, ein Massaker unter Angehörigen der ethnischen Minderheit der Hazara verübt zu haben. Einer Erklärung von UN-Generalsekretär Kofi Annan zu Folge, die von einem Sprecher in New York verlesen wurde, töteten Taliban-Kämpfer in Yakaolang in Zentralafghanistan in „summarischen Hinrichtungen“ mindestens 100 Zivilisten, darunter afghanische Mitarbeiter von humanitären Nichtregierungsorganisationen. Darunter sollen sich der Mitarbeiter der deutschen Organisation „Zuflucht“ befinden, die mit Leprakranken arbeitet. Auch ein einheimischer UN-Mitarbeiter werde vermißt. Annan verurteilte die Morde, rief die Taliban auf, „ihre Streitkräfte unverzüglich zu kontrollieren“ und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Das Massaker, das Annan als „nur die letzte Tragödie, die die Hazaras heimsucht“ bezeichnete, ereignete sich, nachdem die Taliban am 7. Januar den Distrikt Yakaolang von Gegnern zurückerobert hatten, die zur Partei der Islamischen Einheit (*Hezb-e Wahdat-e Islami*) gehören, einem Bestandteil der von Ahmad Shah Massoud geführten Vereinigten Front (VF). VF-Kämpfer hatten Yakaolang am 30. Dezember kurzzeitig unter Kontrolle gebracht. Der in der Taliban-Hochburg Kandahar für Information und Kultur zuständige Abdulhai Mutma'in hatte daraufhin am 8. Januar gegenüber der BBC „lokale Elemente“ der „Kollaboration“ mit den VF-Kämpfern beschuldigt. Das hatte bereits zu Befürchtungen geführt, es könne zu Racheakten der Taliban kommen. Das Massaker habe eine weitere „massive“ Fluchtwelle der örtlichen Bevölkerung ausgelöst, heißt es in der Annan-Mitteilung weiter. Die Flüchtenden seien nun von Temperaturen unter dem Gefrierpunkt und Hunger akut bedroht. Die Taliban haben die Anschuldigungen inzwischen zurückgewiesen und Journalisten aufgefordert, sich in Yakaolang selbst von deren Haltlosigkeit zu überzeugen. „Wir sehen keinerlei Diffe-

renzen zwischen Schiiten und Sunniten in Afghanistan und wollen, daß beide Sekten als Muslime in Frieden miteinander leben“, hatte sich der Taliban-Außenminister noch am 19. Januar gegenüber der iranischen Nachrichtenagentur IRNA geäußert. Fast alle Hazaras sind Schiiten.

VF: Folter in Taliban-Gefängnissen

„Etwa 2.200 Landsleute leben unter der Folter und Brutalität der Taliban im Sarpoza-Gefängnis in Kandahar“, berichtete am 5. Dezember *Radio Voice of Mojahed*, die Radiostation der Taliban-Gegner. Zuvor hatte eine Delegation der Vereinigten Front (VF) das Gefängnis besucht. Ihrem Bericht zu Folge seien nur 448 der 2.200 Insassen von Sarpoza Kriegsgefangene, die übrigen seien Menschen, die in ihren Wohnungen, am Arbeitsplatz oder auf der Straße festgenommen worden seien. Delegationschef Haji Madad sagte, daß einige Zellen in Sarpoza zwei Jahre lang nicht abgeschlossen worden seien. Die Taliban würden paschtunische Gefangene besonders schlecht behandeln; sie dürften zum Beispiel keinen Besuch von Verwandten empfangen. Einige von ihnen seien unter der Folter oder bei Auspeitschungen gestorben. Zudem seien Dutzende Gefangene, die in Kandahar festgehalten worden seien, verschwunden. Die Taliban hätten es der Delegation auch nicht gestattet, Kommandeur Bashir Baghlani und einen VF-Repräsentanten, Dr. Khalid, zu sehen. Baghlani war im Spätsommer verhaftet worden, nachdem Gerüchte über seinen geplanten Übertritt zur VF laut geworden waren. Die Taliban behaupteten, Baghlani sei nicht verhaftet, sondern zu Konsultationen nach Kandahar geholt worden.

Weiterer Kommandeur ermordet

Abdullah Jan Wahedi, stellvertretender Chef des mit der VF verbündeten Konsultativrats der Ostprovinzen, ist am 4. Dezember auf dem Weg von Gulba-

har ins Panjsher-Tal ermordet worden. VF-Quellen zu Folge sei der Mord Resultat eines Familienstreits. Wahedi, damals zur Islamischen Partei Hekmatyars gehörend, habe vor etwa 15 Jahren den Jamiat-Kommandeur Muhammad Ismail Tareq getötet, dessen Bruder Hamed nun Rache geübt habe. Hamed sowie fünf Mittäter seien der VF zu Folge festgenommen und nach einer Gerichtsverhandlung im Panjsher bereits zwei Tage später zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Dieses Tempo sorgte für Gerüchte, daß Massoud selbst für den Mord an Wahedi verantwortlich sein könnte, weil er ihm nach einem doppelten Seitenwechsel im vergangenen Jahr mißtraute. Wahidi war im Frühjahr zunächst zu den Taliban übergelaufen, im Herbst jedoch wieder zurück zur VF gewechselt. Am 10. Januar wurde in Peshawar ein früherer Kommandant der von Hekmatyar geführten *Hezb-e Islami*, Afsar Khan, von Unbekannten ermordet.

Taliban lassen BBC-Mitarbeiter frei

Nach internationalen Protesten haben die Taliban am 21. Dezember einen afghanischen BBC-Mitarbeiter wieder aus der Haft entlassen. Abdul Sabur Salehzai war fünf Tage zuvor verhaftet worden, weil er keine offizielle Arbeitserlaubnis hatte. Allerdings kündigten Taliban-Quellen auch an, Salehzai als Angehörigen des früheren „kommunistischen Regimes“ vor Gericht stellen zu wollen. Unterschiedlichen Angaben zu Folge war er Offizier in einer Artillerie-Abteilung oder afghanischer Diplomat in Kuba. Die Taliban hatten zunächst der BBC-Korrespondentin in Kabul, Kate Clark, ein neues Visum verweigert, um sie zur Entlassung Salehzais zu zwingen. Als sie sich weigerte, wurde sie zur Visa-Erteilung ins Außenministerium bestellt - zur gleichen Zeit drangen Taliban-„Sicherheitskräfte“ ins BBC-Büro ein und nahmen Salehzai fest. Die BBC sowie internationale Menschenrechts- und Journalistenorganisationen hatten öffentlich die Freilassung Salehzais gefordert.

Ukraine streitet Waffenlieferungen ab

In der örtlichen Zeitung *Fakty i Kommentarii* vom 6. Dezember hat der Vizechef der Presseabteilung des ukrainischen Außenministeriums, Serhiy Borodenkov, VF-Berichte über Waffenlieferungen seines Landes an die Taliban demontiert. VF-Chef Ahmad Shah Massoud hatte in der russischen Zeitung *Izvestiya* Kiew beschuldigt, Panzer, automatische Waffen, Minen und Bomben an die Taliban zu liefern. Borodenkov berief sich auf die Exportkontrollen seines Landes, die zu den besten weltweit gehörten. Auch russische Quellen hatten die Ukraine beschuldigt, die Taliban militärisch zu beliefern. Eine ähnliche Rolle spielt die Ex-Sowjetrepublik auch im Bürgerkrieg in Angola.

Konvertiten droht Todesstrafe

Am 7. Januar verkündete das Taliban-Radio „Stimme der Shariah“ eine offizielle Mitteilung des Islamischen Emirats Afghanistan, der zu Folge Muslime, die zum Christentum oder Judentum übertreten, dafür werben oder die Bücher dieser Religionen verteilen, die Todesstrafe erwarde. Zur Begründung hieß es, „die Feinde der heiligen Religion des Islam“ hätten eine Kampagne gestartet, diese Religion „auszulöschen“. Inhaber von Buchläden, die christliche oder jüdische Literatur anböten, würden zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Diese „Mitteilung“ ist eine Bekräftigung der Bestimmungen im islamischen Recht (*shariah*), die für Glaubensabtrünnige ohnehin bereits die Todesstrafe vorsehen.

Taliban hoffen auf Bush

Die Taliban haben den neuen US-Präsidenten George W. Bush aufgefordert, die Afghanistan-Politik seines Landes zu überprüfen. „Wir erwarten, daß Bush nicht die Fortsetzung der Strafmaßnahmen zulassen wird, die Präsident Clinton gegen Afghanistan verhängt hat, und die US-Politik gegenüber Afghanistan und der übrigen muslimischen Welt überprüfen wird“, sagte Anfang Dezember Taliban-Informationsminister Qudratullah Jamal gegenüber *Voice of America*. Jamal gratulierte Bush zu seiner Wahl und forderte ihn auf, die inzwischen in Kraft getretenen neuen UN-Sanktionen gegen die Taliban zu stoppen.

Esel zum Tode verurteilt

Um den Schmuggel von Nahrungsmitteln in die Gebiete ihrer Gegner zu unterbinden, greifen Afghanistans Taliban zu drastischen Mitteln. So seien ihre Kämpfer an einem Frontabschnitt nordöstlich von Kabul angewiesen worden, nicht nur die Schmuggler, sondern auch ihre Tragetiere zu erschießen, berichtet die pakistanische Zeitung *The Nation*. Demnach soll der neue Schießbefehl auf Menschen und Tiere in der Provinz Kapisa bereits 100 Eseln und vier Schmugglern das Leben gekostet haben. In Kapisa, in den Bergen bei den Orten Nejrab und Tagab, verläuft die Frontlinie zwischen den Taliban und ihren Gegnern von der Vereinigten Front (VF) unter Kommandeur Ahmad Shah Massoud. Während die Taliban die südliche Hälfte der Provinz kontrollieren, beherrschen Massouds Kämpfer deren Norden, durch den eine strategisch wichtige Schmuggelroute ins Panjsher-Tal führt. Dort befindet sich Massouds Hauptquartier.

Diese Art von Schmuggel blüht auch in anderen Gebieten Afghanistans, in denen sich so genannte VF-Inseln befinden, die von Taliban-Gebiet umschlossen sind. Die Versorgung der dortigen Zivilbevölkerung ist äußerst problematisch, weil sie für UN- und Nichtregierungsorganisationen nur schwer erreichbar sind. Kurz vor Wintereinbruch gelang es dem *World Food Programme* der UNO, einen Lebensmittelkonvoi ins Dara-ye Suf (Suf-Tal) in der nordafghanischen Provinz Samangan zu bringen. Solche Versorgungslieferungen sind nur mit Zustimmung der Taliban möglich. Generell haben die Taliban es der lokalen Bevölkerung verboten, fünf Waren beziehungsweise Warenkategorien in die VF-Gebiete zu liefern: Treibstoff, Schmierstoffe, Fahrzeug-Ersatzteile, Grundnahrungsmittel wie Mehl oder Pflanzenöl und Medikamente.

Doch in Afghanistan sind Frontlinien niemals hermetisch undurchlässig. Es wird berichtet, daß abgestufte Kontrollen und damit auch abgestufte Preise für den Schmuggel dieser Waren existieren. Zum Beispiel können Treib- und Schmierstoffe nur nachts über die Frontlinien geschafft werden, so daß dafür entsprechend mehr gezahlt werden muß, als für Waren, bei denen Taliban-Posten auch tagsüber beide Augen zudrücken. Nach unbestätigten, aber durchaus glaubhaften Berichten werden sogar Waffen geschmuggelt - in beide Richtungen. Auch andere Schmuggelmethoden werden angewandt. So wurde jüngst vom Seitenwechsel eines örtlichen Kommandanten im Dara-ye Suf zu den Taliban berichtet. Es heißt, daß er damit vor allem gewährleisten wollte, daß die frontübergreifende Schmuggelroute auf beiden Seiten der Kampflinie unter seiner Kontrolle bleibt.

Tiere sind in Afghanistan nicht nur als „Schmuggler“ in Gefahr. Schafe, Ziegen und Esel werden auch in Gebiete getrieben, in denen Minenfelder vermutet werden, um Schneisen für die Kämpfer zu schlagen. Im vergangenen Sommer sollen die Taliban in Kapisa für diesen Zweck rund 3.500 Haustiere beschlagnahmt haben.

Weitere Bombenanschläge

Mindestens zwei neue Bombenanschläge wurden im Dezember und Januar in Afghanistan verübt. Am 16. Dezember wurden außerhalb des Gerichts im ostafghanischen Jalalabad zwei Personen schwer verletzt. Fenster zersplitterten und die Dächer nahe gelegener Häuser wurden von der Wucht der Explosion abgedeckt. Am Abend des 19. Januar ging in Kabul eine weitere Bombe hoch (darüber lagen bis zum Redaktionsschluß keine weiteren Informationen vor).

Taliban-Solidaritätsappell

Über ihre Botschaft in Islamabad haben die Taliban einen Appell an die Muslime in Pakistan gestartet, ihren afghanischen Brüdern materiell beizustehen. Am 25. Dezember, kurz vor den islamischen Id-Feiertagen, forderten sie dazu auf, angesichts der bevorstehenden UN-

Sanktionen Geld „in bar oder als Scheck“, Kleidung und Nahrungsmittel zu spenden. Dies sei die „religiöse Pflicht jedes einzelnen Muslimen“. Über das Echo dieses Aufrufs wurde bislang nichts bekannt.

Stand by your man

Usama Bin Laden hat der pakistanischen Zeitung *Ausaf* vom 19. Dezember zu Folge Taliban-Chef Mulla Omar angeboten, Afghanistan zu verlassen, um das Land vor „ausländischen Verschwörungen und Angriffen“ zu bewahren. Mulla Omar und der Oberste Rat (*shura*) der Taliban lehnten das Angebot dem Bericht zu Folge ab und bezeichneten es als Sache der Ehre, Bin Laden weiter zu beherbergen. Am 17. Januar wiederholte der Taliban-Botschafter in Islamabad, Mulla Abdussalam Za'if, noch einmal die Position Kabuls. Bin Laden werde nicht ausgeliefert, „selbst wenn ganz Afghani-

stan zerstört wird“. „Eine Übergabe Usama Bin Ladens liefe auf eine Beleidigung des Islam hinaus und wäre ein Schritt, die Überlegenheit der Amerikaner über die Anweisungen des Korans anzuerkennen“, sagte er. Beobachter in der Region halten auch Gerüchte für unwahrscheinlich, daß Usama plane, nach Jemen umzusiedeln. Die Fernsehstation *Al-Jazeera* (Qatar) zeigte am 10. Januar Bilder von der Hochzeit von Bin Ladens Sohn Muhammad bin Laden mit der Tochter des ägyptischen Islamischen-Jihad-Führers Abu Hafas al-Masri im afghanischen Kandahar.

Rabbani verspricht Ende des Purdah-Systems

Der von den Taliban vertriebene Präsident des Islamischen Staates Afghanistan, Professor Burhanuddin Rabbani, hat auf einer Veranstaltung in Teheran angekündigt, die afghanischen Frauen würden das *Purdah*-System abstreifen, wenn die Taliban-Bewegung eliminiert sei. Das meldete die im pakistanischen Peshawar erscheinende englischsprachige Tageszeitung *Frontier Post* am 6. Januar. Die Taliban hätten die afghanischen Frauen ihrer Rechte beraubt, so Rabbani. „Wir haben eine liberale und klare Vision bezüglich des Status der Frauen und ihrer Rechte in der Gesellschaft und sind verpflichtet, ihnen die zustehenden Rechte zu garantieren, wenn der Frieden im Land hergestellt ist“. Einen Tag vorher hatte dieselbe Zeitung berichtet, Ahmad Shah Massoud habe in einem Telefonat Taliban-Chef Mulla Omar Wahlen in Afghanistan angeboten.

Pakistan will Sanktionen befolgen

Pakistans Außenminister Abdul Sattar hat kurz vor Inkrafttreten der neuen UN-Sanktionen gegen die Taliban deutlich gemacht, daß sein Land diese Maßnahmen - trotz Kritik an ihnen - befolgen wird. „Mir sind niemals Sanktionen des Sicherheitsrates begegnet, die so einseitig sind, die ein Rezept zum Anfachen des Konflikts zu sein scheinen“, sagte er BBC zu Folge am 8. Dezember. Pakistan favorisiere ein vollständiges Waffenembargo gegen alle Parteien in Afghanistan und eine friedliche Regelung des Konflikts. Die Sanktionen hingegen würden die Anstrengungen des UN-Beauftragten für Afghanistan, Francesc Vendrell, beide afghanische Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen, unterminieren.

Am 17. Januar kündigte Außenstaatssekretär Inamul Haq an, sein Land werde auch UN-Beobachter an seiner Grenze zur Überwachung des Waffenembargos tolerieren. Gleichzeitig sagte er, Pakistan überprüfe derzeit die Personalstärke der „diplomatischen Missionen“ der Taliban, um sie zu einer Reduzierung ihres Personals aufzufordern. Bereits eine Woche zuvor hatte der Sprecher der Taliban-Botschaft in Islamabad, Suhail Shahin, mitgeteilt, die Zahl der dortigen Diplomaten sei bereits freiwillig von neun auf sechs reduziert worden.

Afghanistan-Meeting pakistanischer Islamisten

Beinahe eine Vollversammlung der islamistischen Szene Pakistans war das Treffen von 35 pakistanischen und kaschmirischen Gruppen sowie Einzelpersonen, das am 10. Januar auf Einladung des Chefs der *Jamaat-i-Ulema-i-Pakistan*, Samiul-Haq, in der Haqqania-Madrassa in Akora Khattak stattfand. Die Teilnehmer verurteilten die neuen UN-Sanktionen gegen die Taliban und nannten sie „einen Teil der Verschwörung des US-geführten Westens, Rußlands und Indiens gegen den Islam“. Sie verlangten von Pakistans Regierung, die Sanktionen zurückzuweisen und einen OIC-Gipfel zu verlangen, um die muslimischen Länder davon zu überzeugen, die Taliban-Regierung anzuerkennen. Auch die Taliban-Gegner von der Vereinigten Front wurden aufgefordert, das Taliban-Regime anzuerkennen, damit die Afghanen vereint für Afghanistans Unabhängigkeit und islamische Identität kämpfen könnten. Andererseits sollten die Taliban frühere Mujaheddin-Führer in ihre Regierung aufnehmen. Die Teilnehmer gründeten einen „Rat zur Verteidigung Afghanistans“ unter Vorsitz Sami-ul-Haqs. An der „Islamischen Konferenz“ nahmen bis auf Maulana Fazl-ur Rehman, dem Führer der rivalisierenden *Jamiat-e-Ulema-e-Islam* (JUI) alle Führer der islamistischen Parteien des Landes sowie zahlreicher Jihadi-Organisationen Kaschmirs teil, darunter *Jamaat-e-Islami* (JI), JUP, *Sipah-e-Sahaba*, *Ikhwan-ul-Muslimeen*, *Hezb* und *Harkat-ul-Mujahedin*, *Lashkar-e-Taiba*, *Jaish-e-Muhammad* sowie Ex-ISI-Chef General Hamid Gul teil. Daneben war auch der Führer der *National Awami Party Pakistan* (NAPP), der ehemalige pro-sozialistische Linksnationalist Ajmal Khattak anwesend. Khattak stellte sich hinter die Abschlusserklärung der Konferenz und be-

zeichnete die Taliban als „repräsentative Regierung Afghanistans“. Der Taliban-Botschafter in Pakistan, Mulla Abdussalam Za'if, verlas eine Botschaft von Taliban-Chef Mulla Omar, in der er sagte, 1,2 Millionen Taliban in Afghanistan seien bereit, für den Islam und ihre Heimat zu kämpfen. „Die Afghanen sind die Armee des Islam“, sagte er.

Rotes Kreuz beendet humanitäre Hilfe für Kabul

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) in Afghanistan hat am 14. Januar angekündigt, es werde ab März die 1994 begonnene Verteilung von Lebensmitteln in der afghanischen Hauptstadt Kabul einstellen. Zur Begründung hieß es, die Armut in der Stadt sei nicht länger eine Ausnahmesituation oder Resultat des Krieges, sondern „struktureller Art“ und falle damit nicht mehr unter das Mandat der Organisation. Zudem gebe es mit den Taliban „funktionierende Behörden“. Die Entscheidung sei nicht leichtgefallen, hieß es beim IKRK, und sei zwei Jahre lang diskutiert worden. Gegenwärtig profitieren über 20.000 Familien, deren Oberhaupt entweder Witwen oder Behinderte sind - etwa 120.000 Menschen - von dem Programm, in dessen Rahmen alle drei Monate Weizen, Speiseöl, Reis und Seife verteilt werden. Inzwischen erreiche diese Hilfe nicht mehr die Ärmsten, hieß es beim IKRK weiter. Inhaber der Berechtigungskarten für die Rationen reisten inzwischen selbst aus Pakistan an, um die Lebensmittel in Empfang zu nehmen.

Taliban für Xinjiang und Usbekistan?

200 Bewaffnete aus dem chinesischen Teil Turkestans (Autonomes Gebiet Xinjiang) seien Anfang Januar an der chinesischen Grenze zu Pakistan von Sicherheitskräften der Volksrepublik festgenommen worden. Dies berichtete der afghanische Oppositionssender *Voice of Mojahed* am 7. Januar unter Berufung auf „internationale Nachrichtenagenturen“. Die Militanten seien zuvor in Pakistan und in den von Taliban kontrollierten Gebieten Afghanistans religiös und militärisch ausgebildet worden. Anfang Januar berichtete zunächst der namhafte pakistanische Journalist Ahmed Rashid im britischen *Sunday Telegraph*, dann auch die *Central Asian Times* unter Berufung auf „westliche Geheimdienstkreise und

zentralasiatische Offizielle“, der Chef der Islamischen Bewegung Usbekistans, Juma Boi Namangani sei mit 300 Kämpfern aus Nord-Afghanistan nach Tadjikistan hinübergewechselt, um einen neuen Vorstoß ins mittelasiatische Ferghana-Tal vorzubereiten. Er habe sein Lager im tadjikischen Tawildara aufgeschlagen, das

von der islamischen Opposition kontrolliert werde. Dieses Thema sei auch auf dem Gipfeltreffen der Mitgliedsländer der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft am 5. Januar in der kasachischen Hauptstadt Almaty - Kasachstan, Kirgisistan, Tadjikistan und Usbekistan - diskutiert worden. An dem

Treffen hatte auch Rußlands Vizeaußenminister Trubnikow als Beobachter teilgenommen. Die Präsidenten kündigten ein kollektives Handeln an, mit dem verhindert werden solle, daß die Region in eine „Spirale des Chaos“ abgleite.

Diplomaten-Voodoo gegen die Taliban

von Jan Heller/ Kabul

Am 18. Januar diesen Jahres traten verschärfte Sanktionen gegen die in Afghanistan herrschenden Ultraislamisten in Kraft. Doch sie zielen eher auf Symptome denn Ursachen des über 20-jährigen Konflikts

Winter in Afghanistan ist keine erfreuliche Jahreszeit. Zwar tanzten im Dezember die Bewohner Kabuls auf den Straßen, als seit drei Jahren erstmals wieder reichlich Schnee fiel, der im Frühjahr und Sommer die Flüsse und Bewässerungssysteme in dem seit drei Jahren von einer extremen Dürre geplagten Land füllen soll. Aber wenn es nicht bald mehr schneit, droht laut UN-Welternährungsprogramm einer Million Afghanen der Hungertod. Der Schnee auf den Bergen, die das fast 2.000 Meter hoch gelegene Kabul malerisch einschließen, ist vorerst also nur eine Hoffnung auf bessere Zeiten. Denn Afghanistans winterlicher Alltag wird weiterhin vor allem von Problemen regiert.

Gegen acht Uhr früh, die Morgensonne wärmt noch immer nicht richtig, kauern an einer Kabuler Straßenecke ein paar Dutzend Männer, gegen die Kälte so tief in Decken gehüllt, daß nur noch die Nasenspitzen hervorlugen, und warten auf ein Wunder. Denn die wenigen Arbeitgeber haben schon zwischen fünf und sechs Uhr ihre Tagelöhner geheuert. Und während der steigende Konkurrenzdruck durch Zuwanderer aus den Dürregebieten dafür sorgt, daß auch die Löhne der wenigen Glücklichen, die einen Job ergattern, sinken, steigen gleichzeitig die Preise für Brennstoffe und Grundnahrungsmittel. In diesem Winter kommen erschwerend die verschärften UN-Sanktionen hinzu, die der Sicherheitsrat am 19. Dezember 2000 beschloß und die am 18. Januar diesen Jahres nach Ablauf einer 30-Tages-Frist in Kraft traten. Die regierenden Taliban machen sie für die Verschlechterung der Lebenslage verantwortlich. Selbst humanitäre UN-Agenturen widersprechen Moskaus und

Washingtons Ansicht, daß es sich um „smarte Sanktionen“ handle, die der Bevölkerung nicht schaden. Einer Studie des humanitären UN-Koordinationsbüros für Afghanistan (UNOCHA) zu Folge wirkten sich schon die weitaus schwächeren Sanktionen vom November 1999 „indirekt“ auf die Lebenslage der Bevölkerung aus, vor allem indem sie ihr „Gefühl der Isolation“ und damit die Hoffnungslosigkeit verstärkten. Vor 14 Monaten waren die Auslandsguthaben der Taliban eingefroren und alle Auslandsflüge der afghanischen Fluggesellschaft Ariana gestoppt worden. Seit dem 18. Januar diesen Jahres dürfen auch ausländische Fluglinien Afghanistan nur noch aus humanitären Gründen und für Pilger sowie mit einer eigens zu beantragenden Genehmigung des UN-Sanktionskomitees ansteuern. Taliban-Minister und deren Stellvertreter dürfen nur noch aus den genannten Gründen sowie zu Friedensgesprächen ihr Land verlassen. Die Taliban-Büros im Ausland - darunter eines in Frankfurt/a.M. - wurden geschlossen, ihre drei Botschaften in Islamabad, Riad und Abu Dhabi personell und im Rang reduziert, die Konten des von den Taliban beherbergten Islamisten-Chefs Usama bin Laden sowie seiner Organisation Al-Qaida („die Basis“) eingefroren. Außerdem sollen die Taliban auch deren Ausbildungslager in Afghanistan schließen (siehe Kasten „Internationaler Terrorismus“). Kernstück der neuen Sanktionen ist jedoch ein einseitiges Waffenembargo gegen die Taliban, das ihre Opponenten von der Vereinigten Front (UF) unter Militärführer Ahmad Shah Massoud ausnimmt. Schließlich darf auch Essigsäure-Anhydrid nicht mehr nach Afghanistan